

# **Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band III**

## **Das Schicksal der Deutschen nach der "Befreiung" im Mai 1945**

### **4 Jahre Sklavendasein + 71 Jahre Vasallenschaft**

**Band III/029**

#### **Staatlich angeordnete Energiewende bzw. systematische Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft, Teil 1**

Heute stehen wir noch am Abgrund, aber morgen sind wir schon einen beträchtlichen Schritt weiter.

*Spottvers der 68er Bewegung*

#### **Historische Entwicklung der deutschen Energieerzeugung: Gründung von staatlichen Stromversorgungsunternehmen**

Die Forderung nach rationeller Energieerzeugung bestimmte schon seit den 1920er Jahren jede deutsche Elektrizitätspolitik, denn der Strom sollte überall verfügbar sein und preisgünstig angeboten werden.

Die Geschichte der deutschen Energieerzeugung wurde entscheidend von den Holdinggesellschaften VIAG und VEBA geprägt, deren historische Wurzeln bis in die zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückreichten.

Am 7. März 1923 gründete die deutsche Regierung in Berlin die "Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft" (VIAG) als Holdinggesellschaft. Zur VIAG gehörten damals unter anderem die Vorläuferunternehmen der VAW Aluminium AG und der SKW Trostberg AG. Am 24. Oktober 1927 wurde in Berlin die Preußische Elektrizitäts AG durch den Freistaat Preußen gegründet (Gesetz über die Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen des preußischen Staates). Zur Preußischen Elektrizitäts AG (Preag) gehörten damals z.B. das Großkraftwerk Hannover AG, das Preußische Kraftwerk Oberweser AG und das Großkraftwerk Main-Weser.

1929 gründete der Freistaat Preußen in Berlin die "Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft"(VEBA) als Finanzholding.

Insbesondere deutsche Ingenieure des Münchner Siemens-Konzerns entwickelten in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die wesentlichen Grundlagen für den Aufbau einer flächendeckenden Stromversorgung.

In allen Teilen Deutschlands ermöglichten später Staatsunternehmen in den städtischen Regionen und den ländlichen Gebieten den Aufbau einer flächendeckenden Stromversorgung um eine eventuelle Industrialisierung und Wohlstandsentwicklung sowie Chancengleichheit auch für das flache Land zu gewährleisten.

Der technische Fortschritt brachte über Jahrzehnte hinweg enorme Effizienzfortschritte hervor. Diese effiziente Energieumwandlung verbesserten unentwegt die Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit der Stromerzeugung. Benötigte man bis in die Nachkriegszeit in den ersten Kohlekraftwerken noch etwa 600 g Kohle pro erzeugter Kilowattstunde, benötigten die

modernen Kohlekraftwerke später nur noch knapp die Hälfte dieser Kohlemenge. Die Effizienz der Transformatoren im Hoch- und Höchstspannungsnetz wurde in den vergangenen 50 Jahren sogar um ca. 70 % gesteigert.

Die rationelle Gestaltung der Elektrizitätswirtschaft ermöglichte nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur ein rasantes industrielles Wirtschaftswachstum, sondern sie förderte gleichzeitig das kulturelle und soziale Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Die Energiewirtschaft stärkte nachweislich die Position der deutschen Volkswirtschaft und bildete die Basis für die internationale Konkurrenzfähigkeit.

Die staatliche Elektrizitätspolitik unterstützte damals in erster Linie das Gemeinwohl und garantierte ein freies Wirtschaften. Vor allem in den dünn besiedelten und strukturschwachen Regionen war der Aufbau einer Energieversorgung sehr wichtig.

### **Privatisierung der deutschen Energiewirtschaft**

Seit den 1960er Jahren wurden in Deutschland entscheidende Schritte zur Privatisierung der Energiewirtschaft unternommen. 1965 privatisierte der Bundesrepublik Deutschland die Mehrheit der VEBA-Kapitalanteile.

Der deutsche Staat zog sich danach allmählich aus der Energieversorgung zurück, so daß alle Energieversorgungsunternehmen (EVU), wie z.B. PreussenElektra, Bayernwerk, und RWE teilweise privatisiert wurden.

Nach der Teilprivatisierung der Stromversorgung war der deutsche Staat nicht mehr die treibende Kraft und Geldgeber für die Schaffung der Infrastruktur, sondern die privaten Kraftwerks- und Netzbetreiber. Sie mußten auf dem freien Markt das nötige Kapital für die großen Investitionen (Neubau von Kraftwerken und Netzen) beschaffen, die in den kommenden Jahren anstanden.

Der Energiebereich wurde nach der Teilprivatisierung durch betriebswirtschaftliche Managementmethoden ständig rationeller und optimaler ausgerichtet. Die Energieversorgungsunternehmen zeichneten sich trotz ihres Versorgungsmonopols stets durch unternehmerische Dynamik aus. Sie entwickelten frühzeitig Rationalisierungs- und Modernisierungskonzepte, die jeden fairen Wettbewerb aushalten konnten. Nicht umsonst zählten die Anlagen der deutschen Energieversorgungsunternehmen schon bald zu den modernsten und sichersten der Welt.

In Deutschland verlegte man z.B. seit den späten 60er Jahren Mittel- und Niederspannungsleitungen konsequent unter die Erde. Es war zwar doppelt so teuer wie oberirdische Freileitungen, aber die Zuverlässigkeit des Stromnetzes wurde entscheidend verbessert.

In der "sozialen Marktwirtschaft" waren die gemeinwirtschaftlichen sozialen Aspekte nicht selten wichtiger als unternehmerische Gewinnorientierung. Diese positive gesellschaftlich-politische Grundeinstellung beeinflusste das wirtschaftliche, kulturelle und soziale Leben der Deutschen maßgeblich. Infolge des dynamischen und sozialverträglichen Wirtschaftens unterstützte die Elektrizitätswirtschaft nachhaltig die positive Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft.

1983 und 1987 folgten weitere Privatisierungen. In dieser Zeit wurde auch die VIAG privatisiert. Im Jahr 1988 verkaufte die Bundesrepublik Deutschland schließlich seine letzten Aktien. VEBA und VIAG wurden danach in den Deutschen Aktienindex (DAX) aufgenommen.

Die deutschen Energieversorgungsunternehmen zeichneten sich auch nach der vollständigen Privatisierung nicht durch überhöhte Strompreise aus. Sie verzichteten zu Gunsten der Wirtschaft und auch im nationalen Interesse auf überzogene Profite.

Strompreise: Monatliche Stromrechnungen für Privathaushalte in Europa (Stand: Januar 1999, Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden). Italien = 152 DM, Portugal = 129 DM, Dänemark = 95 DM. Deutschland = 94 DM, Frankreich = 86 DM, Schweden = 54 DM und Finnland = 51 DM.

Stromverbrauch: Im Jahre 1998 betrug der durchschnittliche Stromverbrauch z.B. in Schwe-

den = 14.950 Kilowattstunden (kWh), Finnland = 14.270 kWh, Deutschland = 6.015 kWh und in Portugal 3.430 kWh.

Versorgungssicherheit: In Deutschland fiel der Strom z.B. nur 15 Minuten pro Kunde und Jahr aus, in Italien gab es dagegen z.B. Ausfallzeiten von fast 6 Stunden.

Im Verlauf der "eleganten Privatisierung" aller deutschen Energieversorgungsunternehmen, die aufgrund von EU-Vorgaben seit Mitte der 1990er Jahre abgewickelt wurde, erzielte der deutsche Staat nicht nur hohe Verkaufspreise für die Kernkraftwerke, sondern gleichzeitig gelang es auch, die enormen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen an die privatisierten Energieversorgungsunternehmen zu "übertragen" bzw. sich vorübergehend aus der "staatlichen Verantwortung" zu stehlen.

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke ursprünglich von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der arglistigen Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich jedoch weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.

Nach der Privatisierung folgten umfangreiche Restrukturierungen in den Unternehmensbereichen Strom, Chemie, Distribution/Logistik und Immobilien-Management.

Im Jahre 2000 fusionierten schließlich die bedeutenden deutschen Mischkonzerne VEBA und VIAG, deren Schwerpunkte die Energie, die Spezialchemie und weitere Aktivitäten (z.B. VAW Aluminium, Klöckner & Co, Stinnes, Schmalbach-Lubeca, Degussa, E-Plus und Viag Interkom) waren. Nach dem Zusammenschluß von VEBA und VIAG zu E.ON im Jahre 2000 erfolgte später die Konzentration auf den Bereich Energie.

Ende des 20. Jahrhunderts besaßen die deutschen Energieversorgungsunternehmen aufgrund der grandiosen Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die sicherste Stromversorgung der Welt. In Deutschland gab es pro Jahr nur durchschnittliche Ausfallraten von nur 12 Minuten.

E.ON war damals eines der besten privaten Energieunternehmen der Welt, welches weltweit über beachtliche Beteiligungen verfügte.

### **Die deutsche Energiewirtschaft nach der Liberalisierung des EU-Strommarktes**

Die "Soziale Marktwirtschaft" (eine Mischung aus freier Unternehmerinitiative des Einzelnen und sozialer Verantwortung des Staates) wurde schließlich nach EU-Vorgaben durch den sog. Wirtschaftsliberalismus abgelöst, der das bisherige deutsche Wirtschaftsgefüge sehr schnell in seinen Grundfesten erschütterte.

Die Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität", die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzt wurde, trat am 19. Februar 1997 in Kraft und sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden. Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland hatten ihre Märkte bereits vorher für den Wettbewerb geöffnet bzw. liberalisiert.

Eine völlige Marktöffnung auch für Privatkunden war in der EU-Richtlinie nicht vorgesehen und wurde in Frankreich auch nicht angestrebt. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an.

In diesem Wirtschaftsliberalismus (große Wettbewerbsfreiheit, vollständige Konkurrenz, keine staatlichen Eingriffe, fehlender sozialer Ausgleich) herrschte das primitive Ausleseprinzip vor: Der Starke setzt sich durch, der Schwache unterliegt. Dieser extreme Wirtschaftsliberalismus zeichnete sich besonders durch ungehemmtes Gewinnstreben der einzelnen Unternehmen aus, während die Interessen der Allgemeinheit nur noch unbedeutend waren.

Nach der sog. Liberalisierung des Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein gnadenloser Preiskampf bzw. ein regelrechter "Energiekrieg", weil die deutschen

Versorgungsunternehmen erstmalig ihre Leitungen für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen mußten.

Die verhältnismäßig kleinen deutschen Versorgungsunternehmen wurden durch die überstürzte Marktliberalisierung in eine ungemein schwierige Lage gebracht, denn sie mußten sich plötzlich mit übermächtigen subventionierten ausländischen Staatsmonopolen auseinandersetzen. Nirgendwo in Europa wurde die Liberalisierung der Energiewirtschaft so konsequent durchgeführt wie in Deutschland.

Rund 80 neue Anbieter und Dienstleister kamen aus dem Ausland auf den deutschen Strommarkt. Nach den skandinavischen Unternehmen aus Schweden (Vattenfall) und Finnland (Fortum) drängte z.B. auch der größte Stromkonzern Europas, die EdF, aus Frankreich, mit aller Macht auf den deutschen Energiemarkt, um ihre überschüssige Energie als Billigstrom zu verkaufen und strategische Beteiligungen in Deutschland zu erwerben.

Der französische Strommonopolist EdF beteiligte sich u.a. in Baden-Württemberg an der EnBW. Mit 435 Milliarden Kilowattstunden (MkWh) produzierte der Staatsmonopolist EdF im Jahre 1997 wesentlich mehr Strom als die 3 größten privatwirtschaftlichen deutschen Versorgungsunternehmen (RWE, PreussenElektra, und Bayernwerk = 300 MkWh) zusammen. Das französische Staatsunternehmen EdF deckte mit seinen 55 Kernkraftwerken, die größtenteils abgeschrieben waren, über 80 % der Stromversorgung Frankreichs.

Die ausländischen Staatskonzerne besaßen damals beträchtliche Überkapazitäten, deshalb konnten sie den Strom in Deutschland konkurrenzlos billig anbieten, ohne Verluste zu machen. Der von "Yello" zum Spottpreis angebotene Strom stammte z.B. zu 70 % aus französischen Kernkraftwerken. Der finnische Staatskonzern Fortum erwirkte u.a. im Jahre 2000 eine einstweilige Verfügung gegen die e.dis Energie Nord, um seinen Billigstrom nach Mitteldeutschland durchzuleiten.

Die deutschen Stromversorger konnten dem Billigstrom aus Frankreich und anderen europäischen Ländern fast nichts entgegensetzen. Die EU-Länder hatten zwar vereinbart, daß die einzelnen Länder nur die Strommenge in ein anderes EU-Land exportieren dürfen, die aus dem anderen EU-Land importiert wird, aber diese Regelungen galten nicht für direkte Beteiligungen im Ausland.

Die Öffnung des deutschen Strommarktes brachte Preissenkungen ab 1998 und entlastete die deutschen Stromverbraucher zunächst um etwa 7,5 Mrd. Euro.

### **Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Kernkraftwerksindustrie**

Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen" verdrängten die kampferprobten linksradikalen Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit,

Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht.

Vor allem die in den Jahren von 1960 bis 1990 in Deutschland aufgebaute leistungsfähige Nuklearindustrie wurde von der grünen "Anti-Kernkraft-Bewegung" systematisch vernichtet. Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigte sich schließlich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde ab 2000 verboten.

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulien berichtete später über "die 68er Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...): >>... 1. Die 68er

Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermeßlichen Schaden in Deutschland angerichtet. Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportunisten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irregeleiteten Idealisten wurde von unseren anglo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deutscher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randale zu machen oder Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.

Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue "Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat. Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Todsünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.

Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefeindlich. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassen sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.

Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich - das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO<sub>2</sub>-Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.

Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom. Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks. ...<<

## Die Pseudo-Rettung des Weltklimas

Die UNEP (Umweltorganisation der Vereinten Nationen) und die WMO (Weltorganisation für Meteorologie) gründeten im Jahre 1988 den IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen).

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Februar 2010 (x887/...): >>>Untergangsbeschwörer vor dem Aus?

*von Klaus Rainer Röhl*

Jeden Tag schippen wir dreimal hintereinander Schnee. Seit sechs Wochen. Die Straßen werden vom Streudienst freigehalten. Aber das Salz wird in einigen Bundesländern schon knapp. Heizöl muß zum zweiten Mal nachgefüllt werden. Alte Leute und Kranke fallen dauernd hin, die Versicherungen sind alarmiert über die große Zahl von Knochenbrüchen, die in den Krankenhäusern versorgt werden müssen. Aber die Kinder sollen sich freuen. Jeden Tag können sie mit ihren Eltern Schneemänner bauen und Schnellballschlachten machen. Schön, dieser Winter. Aber selbst für die Kinder ist der Winter langsam langweilig. Schneemannbauen macht nur beim ersten Mal Spaß. Schlittenfahren wird nach drei Wochen langweilig. Viele sind erkältet. Die Erwachsenen warten auf die nächste Tagesschau:

Wann kommt endlich wieder die Erderwärmung? Nix. Stand 15. Februar. In Köln ist wenigstens Karneval, auch in Mainz und München ist mächtig was los. Hauptsächlich im Fernsehen. Die immer gleichen Karnevalssänger und die Fernsehreporter versuchen, gute Laune zu verbreiten. Ja, Nicole, wie ist denn die Stimmung auf dem Rathausplatz? Bombig! Was soll die durchgefrorene, nur mäßig durch Glühwein beschwingte Lokalreporterin schon sagen? Die Stimmung ist mies. Außer bei den schwer alkoholisierten Jugendlichen. Also wieder die gleichen doofen Witze über die Ehefrau und ihre eingebildeten Krankheiten, den bis zum Platzen dummen Bauchredner mit seiner Plastikpuppe. "Ihr seid alle bekloppt!" Fein beobachtet.

Keine brisanten Themen auf den Karnevalswagen. Abwrackprämie? Kann schon keiner mehr hören. SPD und die "Die Linke"? Wo ist da der Witz? Arbeitslosigkeit? Haiti? Hartz IV? Kinderarmut? Moschee-Bauten? Deutschland als Zahlmeister für den Euro? Darüber macht man keine Scherze. Also lieber wieder den Bauchredner und die Witze über die Frauen, die nicht Auto fahren können. Alaaf. Helau. Wauwau.

Schade. Dabei hätte es diesmal ja eine ganze Menge Stoff für die Karnevalswagen gegeben: Die geplatzen Behauptungen über eine "Klimakatastrophe", über die zunehmende "Erderwärmung", über die schmelzenden Gletscher auf dem Himalaja oder die Dürrekatastrophen in Afrika, die drohenden Überschwemmungen, also kurz, die Zerstörung der Mutter Natur durch den profitgierigen Menschen, und den gedankenlosen Konsum von - eigentlich allem, was gut schmeckt und sich gut anfühlt. Es ist kurz vor zwölf.

Das jedenfalls verkündet vor allem der Weltklimarat der UN (IPCC) unter seinem jetzigen Chef, dem gebürtigen Inder Rajendra Kumar Pachauri. Vor einigen Monaten geriet der Weltklimarat allerdings böse in die Schlagzeilen.

Ein führender Forscher der englischen Climate Research Unit (CRU), die dem IPCC zuarbeitet und an der Vorbereitung des Weltklimagipfels beteiligt war, hatte einen amerikanischen Kollegen aufgefordert, alle E-Mails zu löschen, aus denen hervorging, daß die Erdtemperaturen, im Gegensatz zu den ständigen Behauptungen des IPCC, sich nicht erhöht hatten, sondern es in der Welt seit 110 Jahren immer kälter geworden ist.

Diesen Skandal konnte Pachauri - unter Hinweis auf die letzten hundert Jahre Klimamessungen - gerade noch relativieren. Vor 110 Jahren, als die Klimamessungen begannen, war es - geringfügig - kälter. In den Jahrhunderten davor war es oft sehr viel wärmer. Aber die Kritik am Weltklimarat wurde nicht leiser.

Daß 40 Prozent der Regenwälder am Amazonas durch die Erderwärmung irreparabel geschä-

diget würden, erwies sich schon vor einem Jahr als Lügenmärchen aus der Feder des indischen Münchhausen. Inzwischen flog, nachdem einmal der Anfang gemacht war, die nächste Klimalüge von Pachauri auf, die Mär von den Gletschern am Himalaja, die das angeblich steigende Klima sogar in 8.000 Metern Höhe zum Abschmelzen bringen würde. Diese absurde Behauptung erwies sich als wissenschaftlich in keiner Weise begründbar und wurde trotzdem weiterhin vertreten, bis sie nicht mehr zu halten war.

Pachauris Aufstieg zum Welt-Gutmenschen und Nachfolger des Lügenbarons Münchhausen ist erst einige Jahre her und war von der Öffentlichkeit zunächst nicht weiter beachtet worden. 2002 wurde er, angeblich auf Druck der USA, zum Vorsitzenden des Klimarats IPCC gewählt, der damals noch für kaum jemanden ein Begriff war.

Das änderte sich jedoch schlagartig mit dem 4. IPCC-Bericht im Frühjahr 2007, der erstmals einen menschlichen Einfluß auf das Weltklima für wahrscheinlich (mehr war auch damals nicht vertretbar) erklärte. Wenige Monate darauf erfolgte die Verleihung des Friedensnobelpreises an den IPCC. Das Prestige und der Einfluß des gelernten Eisenbahningenieurs, Bankberaters und Leiters einer von der BP Indien finanzierten Öko-Firma Pachauri wuchsen inschier Unermeßliche. Bis alles platzte.

Inzwischen flogen, nachdem einmal der Anfang gemacht war, weitere Klimalügen auf, vor allen Dingen die Behauptung von drohenden Dürre- und Erntekatastrophen in Afrika. Bis zum Jahre 2020, so prophezeite der von Pachauri mitverfaßte Report aller Arbeitsgruppen des IPCC, seien in Afrika voraussichtlich - mal eben über den Daumen gepeilt - zwischen 75 und 250 Millionen Menschen von Hungertod bedroht.

Die angesehene "Sunday Times" brachte ans Tageslicht, daß es sich um eine Untersuchung des marokkanischen Unternehmens "EcoSecurities" handelte, das natürlich auch ein finanzielles Interesse an solchen Horrormeldungen hat. Letzte Woche kam nun heraus, daß auch die Voraussage des Weltklimaberichts, die Hälfte der Niederlande seien durch die Erderwärmung von Überflutung bedroht, reine Spekulation war. Das Haager Umweltministerium hat mittlerweile schriftlich gegen die falschen Angaben des Weltklimarats protestiert.

Immer, wenn solche Fälschungen und Fehlmeldungen auftauchen, sprechen ihre Produzenten von "grauer Literatur". Was ist das, graue Literatur? Wir kannten bisher den grauen Star, den schwarzen Markt und rote Zahlen - aber die graue Literatur in der Wissenschaft ist, um es kurz und ein bißchen einfach zu sagen, eine Untersuchung, für die es keine Beweise, sondern nur Phantasie-Modelle gibt. Alle Angst-Szenarien des IPCC werden als unumstößliche wissenschaftliche Forschungsergebnisse ausgegeben. Woran sollen wir uns noch halten, wenn niemand in der Welt den düsteren Untergangsprognosen mehr glaubt, für die die Befürworter des Klimaschutzes und vor allem ihre Nutznießer-Firmen die Hand aufhalten?

Nur ganz radikale Gutmenschen und Umweltfreaks bei den Grünen glauben noch an einen totalen Ausstieg aus nicht erneuerbaren Energien. Sie - und einige Tagträumer in der CDU - reden heute schon von einer Welt ohne Kohle, Öl und Atomstrom. Ich traute meinen Ohren nicht, als ich gestern den Bundesumweltminister Norbert Röttgen im Radio davon reden hörte, daß es in 40 Jahren (Röttgen ist 44) nur noch "saubere Energie" in Deutschland geben werde, und er daher auch den Ausstieg aus der Atomenergie noch beschleunigen wolle.

Das sagt der Mann drei Monate vor der entscheidenden Wahl in NRW. Die CDU-Minister von Hessen, Bayern und Baden-Württemberg protestieren gegen Röttgen. Wir aber fragen uns: Ist der Mann noch in der richtigen Partei - oder bewirbt er sich jetzt schon um einen Posten beim Weltklimarat? ...<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 26. Mai 2014 über den IPCC-Weltklimarat - <https://www.eike-klima-energie.eu/2014/05/26/wer-oder-was-ist-eigentlich-der-welt-klimarat-ipcc-und-was-tut-er/> -: >> **Wer oder was ist eigentlich der "WELTKLIMARAT" (IPCC) und was tut er?**

von C. O. Weiss

Der Weltklimarat (IPCC) wird der Öffentlichkeit als ein Gremium von Wissenschaftlern dargestellt, welches, streng sachlich, die wissenschaftlichen Ergebnisse der Klimaforschung sichtet und diese in unregelmäßigen Abständen in umfangreichen Berichten zusammenfassend darstellt. ...

Der Öffentlichkeit unter den Teppich gekehrt wird stets, daß der IPCC keineswegs ein Gremium von Wissenschaftlern ist. Tatsächlich gehören ihm 195 Vertreter der Regierungen aller Länder an und üben Einfluß aus.

... Dabei kämpfen natürlich die Politikvertreter darum, genehme Sachverhalte zu betonen. Selbst wenn sie durch den wissenschaftlichen Teil nicht gedeckt sind. So wird z.B. im diesjährigen Bericht festgestellt, mit 95 %-iger Wahrscheinlichkeit sei die Erderwärmung der letzten 100 Jahre menschengemacht.

Diese Feststellung beruht nicht auf Ergebnissen des Hauptteils sondern auf einer "Befragung". Wer befragt wurde, wurde nicht mitgeteilt, und unbequeme Ergebnisse möglichst zu verschweigen. So geschehen beim diesjährigen Bericht AR5:

Bei der Formulierung des "summary" kämpfte beispielsweise die deutsche Regierungsvertreterin, die Wissenschaftsministerin, darum, den Stillstand der Erderwärmung der letzten 15 Jahre (trotz starken Anstiegs der CO<sub>2</sub> Konzentration in der Atmosphäre) zu verschweigen. Mit der Begründung, sonst würde die sogenannte "Energiewende" in Deutschland gefährdet. Eine breite Zustimmung der Regierungsvertreter zu Katastrophenszenarien, vor allem der kleineren Länder mit wenig Industrie, wird erreicht durch Gelder aus dem "Hilfsfond für Anpassung an den Klimawandel".

Je dramatischer die negativen Aussichten beschrieben werden, desto höher die Zahlungen des Hilfsfonds an die entsprechenden Länder. Kurz gesagt wirken daher die Hilfsfondsgelder als Bestechung der Regierungsvertreter. ...

Für den jetzigen IPCC Bericht AR5 wählten die IPCC Wissenschaftler aus 28.000 Publikationen etwa 11.000 zur Auswertung aus. Es versteht sich, daß diejenigen Arbeiten, welche, veröffentlicht, klar und unwidersprochen belegen, daß CO<sub>2</sub> das Erdklima höchstens in vernachlässigbarem Maße beeinflußt, oder daß die Modelle, die eine Erderwärmung durch CO<sub>2</sub> beweisen sollen, bei allen Tests durchfielen, keine Erwähnung finden. (Beispiele solcher Arbeiten sind unten zitiert).

Das ist auch konsequent, denn anders als der Öffentlichkeit dargestellt, hat der IPCC keineswegs die Aufgabe zu prüfen ob CO<sub>2</sub> einen Einfluß auf das Erdklima hat, sondern "das Drohen einer menschengemachten Klimakatastrophe nachzuweisen". Eine klare politische Vorgabe, jenseits jeder Wissenschaftlichkeit, mit welcher der IPCC praktisch eine Propagandaorganisation ist. ...

Wie kommt es nun, daß eine derartige merkwürdig konstruierte Institution existiert, und zu wessen Interesse wurde sie geschaffen?

Dazu der Bericht eines Mannes (Hartmut Bachmann), der zur Zeit der Gründung des Weltklimarates anwesend war.

Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.

Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe". Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete: Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?" Augstein: "Aufwecken, munter machen." Ich: "Und Angst machen". Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."

Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordnung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden. ...

Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.

UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefeller und ihrem Intimus Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist (welche Umweltorganisationen wie Greenpeace oder Club of Rome in breitem Maße finanziert), geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben:

Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegengeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist. ...

Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anläßlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu.

Da dieser Bericht gefälscht und somit keine Unterschriften hatte, ordnete Alcamo aus Kassel per e-mail an seine Abgeordneten in Kyoto das Folgende an: "The media is going to say "1.000 scientists signed" or "150 signed". No one is going to check if it is 600 with PhDs versus 2000 without. They will mention the prominent ones, but that is a different story. Conclusion – Forget the screening, forget asking them about their last publication (most will ignore you.) Get those names!"

So wurden die Unterschriften von 100en von Menschen erbeten und verwendet, die gerade erreichbar waren. Tellerwäscher aus den Nachbarlokalen, Schuhputzer von nebenan etc. Publiziert wurde dies natürlich nicht; genau wie das Desaster mit den Entdeckungen der Fälschungen für den Hockeystick, die Dokumentierung des Inhaltes von über 1.000 e-mails des CRU, **voll von Klimadatenfälschungen.**

Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfällt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. Wie sagte Popper vor langer Zeit?: Sei ein Experte in Deinem Fach. Dann werden die anderen Dich schützen. Du mußt sie dann natürlich auch schützen.

Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtelandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Clever, nicht wahr? Klima - CO2?

Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den EURO nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren. ...

Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige (und in gigantischem Maße Energie vergeudende) Solarnutzung? Geld, Geld, Geld.

Sir Nikolas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der Britischen Königin geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen € Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.

Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO<sub>2</sub>-Angst so, wie der Michel.

Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln.

Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigt, der sich auftreiben läßt.

Zweitens, weil in einer solchen Situation - zum Geldkassieren - gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten, via UNO - UNEP - IPCC - Abkommen von Kyoto - überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung.

(Bericht von H. Bachmann - Details in: "Die Lüge der Klimakatastrophe - und wie der Staat uns damit ausbeutet") ...<<

Am 11. Dezember 1997 wurde während der UN-Klimakonferenz in Kyoto das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen für die Industrieländer. Das Kyoto-Protokoll trat letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.

Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.

Die ständig steigenden Kosten der Energiewende zehrten die kurzfristigen Einsparungen der Verbraucher ab 2000 in kurzer Zeit wieder vollständig auf. Die planwirtschaftlichen Eingriffe (Konzessionsabgaben, Öko-Stromsteuer, Sonderumlage für KWKG und EEG) des Staates trieben die Strompreise immer weiter nach oben. Während die Staatsquote in Großbritannien z.B. nur etwa 5 % betrug, stieg der Staatsanteil bei den deutschen Haushaltskunden mittlerweile auf über 40 %.

Der deutsche Professor für Informatik und Physik, Horst-Joachim Lüdecke, berichtete über den deutschen Klimaschutz und die Energiewende (x862/...): >>**Klimaschutz und Energiewende: Aktuelle Gebote oder nachhaltige Irrwege?**

... Der Schutz des "globalen Klimas" sei der globalen Erwärmung wegen unabdingbar. Schon in lokalen Stadtblättern finden sich Artikel wie "Online mit dem CO<sub>2</sub>-Spiegel die eigene Bilanz berechnen". Dabei gibt es überhaupt kein "globales Klima", sondern nur Klimazonen von tropisch bis polar. Jedes Klima war und ist immer in Veränderung begriffen. Konstantes Klima ist unmöglich und der Begriff "Klimaschutz" daher sinnlos.

Der aktuelle Klimawandel hierzulande ist moderat. In früheren Zeiten hat es ungleich heftigere Veränderungen gegeben, so etwa in der "Kleinen Eiszeit" gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Wir fürchten uns heute vor wenigen Zehntel Grad C in 100 Jahren und übersehen, daß unsere Vorfahren in der Weichsel-Kaltzeit Klimasprünge von mehreren Grad Celsius während ihrer Lebenszeit erleiden mußten ...

Gletscherforscher bezeugen höhere Temperaturen als heute über zwei Drittel der letzten 10.000 Jahre. Die Alpengletscher waren in längeren Warmperioden stets fast verschwunden. Nur deswegen konnte Hannibal mit Elefanten über die Alpen ziehen. In heißen mittelalterlichen Sommern trockneten Flüsse aus. Die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke wurden in der trockenen Donau gebaut, und die Kölner überquerten damals den Rhein zu Fuß. Man stelle sich Medienmeldungen über eine "Klimakatastrophe" vor, wenn sich solche natürlichen Ereignisse heute wiederholten!

Bis 250 Jahre lange Thermometer-Reihen und insbesondere 2.000 Jahre lange Temperaturreihen, rekonstruiert aus Baumringen und Stalagmiten, zeigen Extreme, die die Variationen des

20. Jahrhunderts übertreffen. Es gibt keine Korrelation zwischen den irregulären Temperaturverläufen und dem vom Menschen verursachten ansteigenden CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre. Ohne CO<sub>2</sub> als lebenswichtigen Bestandteil der Photosynthese gäbe es weder Pflanze noch Mensch. Mehr CO<sub>2</sub> verbessert die Ernteerträge. Wir sollten daher CO<sub>2</sub>-Zunahme begrüßen und den kostspielig-unsinnigen Zertifikatehandel beenden. Die USA haben letzteres bereits getan. ...

Wir leben übrigens immer noch in der Zwischenwarmzeit eines Eiszeitalters. Die Wissenschaft definiert als Eiszeitalter, wenn beide Erdpole gleichzeitig vereist sind. Unsere Warmzeit wird vielleicht schneller enden, als es uns lieb ist.

Die Klimaforscher seien sich einig sagen Politik und Medien. Das Gegenteil trifft zu! Die Gegenstimmen von unzähligen hochrangigen Klimaforschern in Petitionen und Manifesten ... werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ebenso wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Alarmisten und Skeptikern. ...

Photovoltaik- und Windräder sollen in Deutschland langfristig 80 % des Bruttostromverbrauchs abdecken, eine technisch/wirtschaftliche Unmöglichkeit! Wind- und Sonnenstrom ist für Nischenanwendungen, meist von Entwicklungsländern, jedoch keineswegs in größerem Umfang für ein modernes Industrieland geeignet, denn sie haben zwei unabdingbare Nachteile: Die Unstetigkeit der Energielieferung und die zu geringe Energiedichte von Wind und Sonne. So kann man sich zwar gefahrlos der Sonne aussetzen und auch noch in einem stärkeren Wind stehen, steckt aber seine Hand nicht in einen Brennkessel und steigt nicht in einen reißenden Gebirgsfluß.

Zu kleine Energiedichte bedingt einen unwirtschaftlich hohen Aufwand bei Erzeugung von elektrischer Energie, daher der Zwang zu überdimensionalen Propellern, um dem Wind noch brauchbare Energiemengen zu entziehen. Wirtschaftlich noch ungünstiger ist die Photovoltaik. Rechnerisch sind viele 100 km Windräder hintereinander für ein einziges KKW zu installieren. Es ist wie mit den Kirschen: Wind-, Sonnenenergie und Kirschen sind teuer, weil sie nur mit großem Aufwand "gepflückt" werden können. Der Unterschied zwischen Photovoltaik und Solarpanelen zur Warmwasserbereitung ist allerdings zu beachten. Letztere sind für sommerliche Anwendungen sinnvoll, denn hier sind hohe Energiedichten nicht nötig.

Der entscheidende Nachteil ist aber die Unstetigkeit von Wind und Sonne, Windräder liefern beispielsweise hierzulande nur ca. 25 % der Zeit nennenswert Strom. ...

Elektrische Energie kann man in großem Umfang nur mit einem extremen, kostspieligen Aufwand speichern. Daher muß - der Öffentlichkeit kaum bekannt - zu jedem Windrad und jeder Solaranlage ein schnell reagierendes Gaskraftwerk bereitstehen, das bei Wind- oder Sonnenflaute einspringt. Trotz der inzwischen hohen installierten Nennleistung von Windturbinen und Photozellen können somit keine klassischen Kraftwerke eingespart werden. Für die extrem teuren Speicherpumpwerke als einzigen realistischen Maßnahmen zur Abpufferung des un stetigen Energieangebots der Natur fehlen in Deutschland die topographischen Voraussetzungen. ...

Profiteure des Klima-Alarmismus und der Energiewende haben Konjunktur, nur nicht der Verbraucher, der die Zeche zahlt. Windrad-, Solarplattenhersteller und der allgemeine Maschinenbau bis hin zum Handwerker, der Solarplatten aufs Dach schraubt, vertreten nachvollziehbare Interessen. Das nur vordergründig korrekte Argument neuer Arbeitsplätze übersieht den weit höheren Arbeitsplätzeverlust durch Kaufkraftschwund infolge steigender Energiepreise. Noch nie hat eine moderne Industrienation unwirtschaftliche Verfahren günstigeren zur Verfügung stehenden Methoden vorgezogen und daraus gar Vorteile erlangt.

Starken Lobbydruck zeigen die kostspieligen Beilagen vieler Zeitungen, die unablässig um Investoren in erneuerbare Energien werben. Rückversicherungen und Investment-Banken, die sogar eigene Klimaabteilungen betreiben, sind Hauptprofiteure. ...

Weitere Profiteure sind Klimatologen, Bürokraten des Klimawandels, NGO's und Weltver-

besserungsideologen. Der Physiker Dr. Link vermerkt zutreffend auf seiner skeptischen Webseite "So ist festzustellen, daß es nicht mehr um die Wahrheit zum Klima und zur Energie geht, sondern daß die Finanzkräfte im Gleichschritt mit den Klimatologen, der Politik, den Medien und, erstaunlich genug, mit den Umweltparteien und Verbänden hier das Ruder übernommen haben. Insbesondere die Wissenschaft der Klimatologie hat sich korrumpiert und ist zum Alibi der Finanzwirtschaft geworden."

Klimaschutz und erneuerbare Energien sind Umverteilung von unten nach oben. Den wirtschaftlich Schwachen aufgezwungenen Energiepreise wandern in die Taschen der Profiteure, dies auch noch gesetzlich verankert. Der volkswirtschaftlich und sozial verheerende Spuk von Subventionen für erneuerbare Energien ist daher zu beenden. Es müssen wieder freie Marktgesetze einkehren, denen sich alle Stromerzeugungssysteme zu stellen haben.

Allerdings ist eine geradezu panische Angst aller politischen Parteien unübersehbar - vor Wählern nämlich, die auf Grund jahrzehntelanger grüner Propaganda, geschürt von allen deutschen Medien, ihrer rationalen Urteilsfähigkeit verlustig gegangen sind. ...<<

Dr. Ing. Günter Keil berichtete später über die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x865/...): >>>Merkels Energiewende: Extrem teuer, aber direkt in die Sackgasse

Der ideologisch begründete, von allen anderen Industrieländern als schwer verständlich angesehene radikale Umbau der deutschen Energiewirtschaft, der einen massiven Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung sowie der Stromerzeugung mit Biogas mit dem Ziel der Zurückdrängung von Kohle und Kernkraft anstrebt, wird bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Dieses wegen seiner Widersprüche zur Physik, der zahlreichen und unverständlichen schweren Versäumnisse und der absehbaren Unbezahlbarkeit unerreichbare Ziel wird zur Ausschaltung störender Einflüsse des freien Marktes mit immer neuen Gesetzes-Instrumenten der Planwirtschaft verfolgt, wobei die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung seltsamerweise die Energiepolitik der Grünen übernommen hat.

Mit der im März 2011 überstürzt beschlossenen und nur politisch motivierten Stilllegung von 8 Kernkraftwerken und damit dem Wegfall eines wichtigen Teils der nicht vom Wetter und vom Tageslicht abhängigen Stromversorgung wurde die bereits kritisch gewordene Situation noch zusätzlich verschärft.

Die Regierung war schon lange von allen renommierten Fachleuten und Institutionen vorgewarnt. Kein einziges der heute immer größer werdenden Probleme war unvorhersehbar.

Und sie hat den dramatischen Kurswechsel von 2011 ohne jede Vorwarnung und Konsultation der stark betroffenen und geschädigten Nachbarländer exekutiert - eine Rücksichtslosigkeit, die sich vermutlich noch rächen wird.

Die im Herbst 2010 verkündete Energiewende hatte tatsächlich das Jahr 2050 als Planungshorizont. Keine Nation dieser Welt hat jemals etwas auch nur annähernd Absurdes in ihrer Wirtschafts- oder Energieplanung vorgelegt. Mittlerweile beträgt die Haltbarkeit deutscher energiepolitischer Ankündigungen bis zu ihrer Änderung nur noch Monate.

Die deutsche Energiepolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren gleicht einer Fieberkurve. Ihre schnellen Kurswechsel sind für die Wirtschaft schlimm genug. Was dabei aber leider unverändert beibehalten blieb, sind ihre fundamentalen Fehler aus der Vergangenheit: Die planwirtschaftlichen und damit stets zu hohe Kosten verursachenden staatlichen Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff "Erneuerbare Energien-Gesetz" bekannt sind. Und die Reihe dieser Fehler wird konsequent verlängert.

Die Regierung zappelt jetzt in den selbst gelegten Fallstricken. Die durch ihre Fehler verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen. ...

### **Die Grundfehler der Energiewende**

Der Kern des Kurses der Regierung ist das Erneuerbare Energien-Gesetz. Es weist ... grund-

sätzliche Fehler auf, die sich durch die strikte Durchsetzung und Ausweitung dieses Gesetzeswerks in eine Bedrohung des Standorts Deutschland verwandelten, ohne der Umwelt zu helfen ...

Das Ziel, bei der Stromerzeugung von fossilen Energieträgern wegzukommen, wurde mit einer falschen Förderpolitik angegangen: Man wählte bestimmte Techniken dafür aus, anstatt Einsparziele für die Energieträger vorzugeben und die Wahl der dafür geeigneten Techniken bzw. deren Weiterentwicklung dem industriellen Wettbewerb zu überlassen.

Damit schuf man Förderreservate für bestimmte Techniken, von denen sich die für das sonnenarme Deutschland weitgehend ungeeignete Photovoltaik als ein finanzielles Faß ohne Boden bei gleichzeitigem äußerst geringem Nutzen erwies - außer für China. Als ebenso ungeeignet für die Stromversorgung eines Industrielandes erwies sich auch die unzuverlässige Windkraft.

Der Grundidee, der das EEG dienen sollte, nämlich die Umwelt zu schützen, wurde es nur ganz am Beginn dieser Entwicklung gerecht. Jede Energietechnik, auch die "grünen", deren Potential in die Leistungsregion von Hunderten von Megawatt oder darüber ausgebaut wird, wird damit zwangsläufig zu einer von Umweltschützern stets verdammten "Großtechnologie" - mit allen zugehörigen Nachteilen wie Flächenverbrauch und Verlust an Energiepflanzen, Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen durch schädliche chemische Emissionen der Photovoltaik oder Lärmbelastungen durch Windkraft; von der Landschaftsverhandlung gar nicht zu reden. Man hat am Ende nur alte Umweltprobleme gegen neue, problematischere ausgetauscht.

Das EEG hatte von Anfang an planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen. Diese Planwirtschaft wird von der Regierung weiter ausgebaut. Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung in Milliardenhöhe; starke Energiekostensteigerung, "Energiearmut", Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Abwanderung der Industrie, am Ende Arbeitslosigkeit.

Die Regierung will bis 2030 die Stromerzeugung aus "Erneuerbaren" auf 50 % bringen und bis 2050 auf 80 %. Allerdings ist selbst eine auch nur teilweise sichere Versorgung des Landes mit Wind- und Solarstrom nicht möglich. "Die Stromeinspeisung sämtlicher Photovoltaik- und Windkraftanlagen kann zeitweise nahe null Prozent liegen, während hohe Einspeiseleistungen von mehr als 50 Prozent der installierten Erneuerbaren Energien nur an 5 bis 10 Prozent der Jahrestunden erbracht werden", stellte der Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft BDEW in seinem Monitoringbericht Ende 2011 nüchtern fest.

Deshalb wird jetzt die gesamte Stromversorgung doppelt aufgebaut: Mit einem gewaltigen Anteil der "Erneuerbaren" und dazu ein mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdeckendes Netz von Kohle- und Gaskraftwerken. Stromimporte müssen dann die restliche Lücke ausfüllen. Zudem muß das Übertragungsnetz enorm ausgebaut werden, weil die meisten Windräder leider im Norden stehen, wo ihr Strom nicht gebraucht wird. Durch Offshore-Windparks werden es noch mehr. ...

### **Wann kommt das Ende?**

Betrachtet man die bereits heute spürbaren und die unausweichlich noch eintretenden Auswirkungen, dann handelt es sich um ein mit gleichermaßen höchsten wie irrationalen Ansprüchen garniertes Projekt, das bei ausreichend langer Durchführung die Bürger ohne jede nützliche Gegenleistung ausplündern und den Standort Deutschland gegenüber seinen Konkurrenten jeglicher Wettbewerbsfähigkeit berauben wird.

Die Frage ist, wie groß der durch die Planwirtschaft angerichtete Schaden erst werden muß, wie viele Familien die Energiearmut noch treffen muß, wann die Energiewende-Heuchelei insbesondere bei den ehemals die Marktwirtschaft hoch haltenden Parteien aufhört und wie

viele Industriebetriebe erst das Land verlassen müssen, bis eine Regierung die Notbremse zieht.<<

Horst Koch berichtete in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" über die sogenannte Energiewende (x961/...): >>**Die fatalen Folgen der Energiewende**

*Sigurd Schulien*

Die Entscheidung der Bundesregierung, bis spätestens in zehn Jahren alle Kernreaktoren in Deutschland stillzulegen, wird für unser Hochtechnologieland fatale Folgen haben. Diese Entscheidung ist von langer Hand vorbereitet worden, indem Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kerntechnik seit den 1980er Jahren vom Staat nicht mehr gefördert wurden, die relevanten Forschungsinstitute umfunktioniert wurden (Schwerpunkte Erneuerbare Energien, Frauenforschung etc.) und der Bau neuer kerntechnischer Anlagen seit Dezember 2010 verboten ist.

Der Betrieb des fortschrittlichsten und sichersten Kernreaktors der Welt, des **Hochtemperaturreaktors THTR 300** in Hamm-Uentrop, wurde 1989 aus politischen Gründen eingestellt. Dieser **Kugelhaufenreaktor** hätte die Energieversorgung Deutschlands für Jahrzehnte gesichert, das Problem der Endlagerung der abgebrannten Brennelemente war gelöst (siehe Aufsatz *Der Hochtemperaturreaktor für die Erzeugung von Strom und Prozeßwärme* [www.adew.eu](http://www.adew.eu)).

Der Bau neuer Kernkraftwerke in den aufstrebenden Nationen wird in Zukunft durch Frankreich, Rußland, USA, China ... erfolgen, ein Billionen-Geschäft, das ohne deutsche Teilnahme laufen wird. Deutsche Technik wird in der Welt zukünftig eine immer geringere Rolle spielen. Die Energieversorgung Deutschlands ist zunächst durch den Bau neuer Kohle- und Gaskraftwerke gesichert.

Zwar sollen im Zeitraum von 2011 bis 2015 neun Kernkraftwerke mit einer installierten Leistung von ca. 12 Gigawatt abgeschaltet werden. Dafür werden gemäß Wikipedia im gleichen Zeitraum 26 neue Kohlekraftwerke (26 GW elektrisch) in Betrieb genommen sowie 14 Gaskraftwerke (ca. 9 GW). Allerdings erzeugen die Kohle- und Gaskraftwerke erhebliche Mengen Kohlendioxid, die Kohlekraftwerke etwa 190 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr, die als sogenannte Klimakiller in die Atmosphäre gehen und dort nach Meinung der Wall-Street eine furchtbare Klimaerwärmung bewirken sollen. **Die Physik allerdings lehrt, daß CO<sub>2</sub> keinen merklichen Einfluß auf das Klima hat** (siehe *Der Einfluß der Wolken auf das Klima* in [www.adew.eu](http://www.adew.eu)).

Unsere von der **Wall-Street** beratene Klimakanzlerin, die bisher verbissen gegen den Klimakiller CO<sub>2</sub> gekämpft und jetzt überraschend den Atomausstieg veranlaßt hat, sorgt nun dafür, daß die deutsche Industrie große Mengen CO<sub>2</sub> produziert und infolgedessen Emissionsrechte für viele Milliarden Euro kaufen muß, die auf die Strompreise umgelegt werden.

Der Preis für die Emission einer Tonne CO<sub>2</sub> beträgt derzeit ca. 14 EURO. Dieser Preis wird sich erhöhen auf 100 und mehr, da er in Zukunft an der Börse festgelegt wird mit ihren vielen Manipulationsmöglichkeiten. So ist es nicht unwahrscheinlich, daß sich der Strompreis durch die Abschaltung und den Rückbau der Kernkraftwerke und den Neubau anderer Kraftwerke verdoppelt.

Die Industrie wird deswegen gezwungen, in Länder mit niedrigeren Energiepreisen und sicherer Energieversorgung auszuwandern. Die Aluminiumindustrie ist gerade dabei, dies zu tun, die Stahlindustrie bereitet es vor, die Zementindustrie und die chemische Industrie werden folgen, die Arbeitsplätze sind weg. Die Privathaushalte werden verarmen.

Ein Industrieland wie Deutschland darf nicht aus der fortschrittlichsten Energietechnik aussteigen, wenn es nicht auf Dauer absteigen will. **Der Ausstieg aus der Kernenergie ist ein großer Fehler**, der widerrufen werden muß. Die erneuerbaren Energien ohne Speichermöglichkeit können die Energieversorgung Deutschlands nicht sichern (siehe *Die erneuerbaren Energien gegen Kernenergie?* in [www.adew.eu](http://www.adew.eu)).

Der Kugelhaufenreaktor ist in der Lage, unsere Energieprobleme zu lösen, ohne daß riesige CO<sub>2</sub>-Abgaben an das internationale Finanzsystem gezahlt werden müssen.

Da die grünen Herrschaften aus Politik und Finanzwirtschaft nicht davon abzubringen sind, daß Deutschland aus der Kernenergie aussteigt, sollten sie wenigstens etwas Vernünftiges tun, nämlich über die Möglichkeit der Energieversorgung Deutschlands durch Methanhydrate nachzudenken (siehe Aufsatz "*Gibt es auch einen Erdölschwindel?*" in [www.adew.eu/Berichte](http://www.adew.eu/Berichte)), falls sie dazu geistig in der Lage sind und es ihre ideologische Verblendung zuläßt. Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter **www.adew.eu**.

**ADEW** Arbeitsgemeinschaft Deutsche Energie- und Wirtschaftspolitik.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. November 2013: >>**Jammern auf hohem Niveau**

... Die Chefs von zehn führenden EU-Versorgern, darunter auch E.ON und RWE, treibt derzeit eine andere Sorge um: "Die Gefahr von Blackouts in Europa war nie höher als derzeit", warnte Gérard Mestrallet, Chef des teilstaatlichen französischen Konzerns GDF Suez in einer Erklärung. Die Versorgungssicherheit sei während eines strengen Winters nicht mehr gewährleistet, mahnte RWE-Chef Peter Terium.

Ursache hierfür ist, daß konventionelle Kraftwerke aus Kostengründen vom Netz gehen, während der Ökostrom mit EEG-Milliarden ausgebaut wird. Der "grüne" Strom hat aber einen großen Nachteil: er fließt nur, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht. Hinzu kommt, daß die meisten Windräder in Nord- und Mitteldeutschland, die energiehungrigsten Abnehmer aber im Süden und Westen angesiedelt sind.

"Der Netzausbau ist nicht vorangekommen - es wurden keine neuen Leitungen errichtet. Es wurden auch keine zusätzlichen Kraftwerke gebaut", klagte der Chef des Stromnetzbetreibers Tennet, Martin Fuchs, im Münchner Merkur. ...

"Ein flächendeckender Stromausfall kostet allerdings innerhalb weniger Stunden Milliarden. Die Versorgungssicherheit sollte uns eine solche Investition wert sein", so der Tennet-Chef, der mit "uns" wahrscheinlich den Steuerzahler meinte. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2014: >>**Ifo-Chef Top-Ökonom Sinn wirbt für Rückkehr zur Atomkraft**

... "Die Atomkraftwerke abzuschalten, ist Unfug. Wer die Umweltproblematik ernst nimmt, der kommt an der Atomkraft nicht vorbei", sagt Sinn in seinem Vortrag mit dem Titel "Energiewende ins Nichts". Demnächst dürfte auch ein Buch mit diesem Titel erscheinen. Deutschland will bis 2050 rund 80 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen und 2022 das letzte Atomkraftwerk abschalten. ...

Um 13 Milliarden Euro habe die Förderung der Erneuerbaren die Stromrechnung im Jahr 2013 erhöht, sagt Hans-Werner Sinn und witzelt mit Blick auf ein anderes Lieblingsthema: Mancher meine angesichts der Rettungsschirme vielleicht, daß es darauf auch nicht mehr ankomme. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 4. November 2015: >>**Energiewende: So teuer wird der Atomausstieg für die Deutschen**

Bis Ende 2016 wird ein deutscher Durchschnittshaushalt die Energiewende mit 540 Euro subventioniert haben - Tendenz steigend. Besonders schlimm daran: Das Projekt ist noch nicht einmal erfolgreich. ...

Befürworter der Energiewende argumentieren: Der Atomausstieg verursacht nun einmal Kosten. Aber ist die Energiewende nicht dennoch ein Erfolg? Seit Inkrafttreten des EEG vor 15 Jahren ist der Anteil des Ökostroms auf 28 Prozent gestiegen. Zeigt das nicht, daß Atom- und Kohlestrom ersetzbar sind? Wissenschaftler des Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg haben ihre Zweifel. Sie stellten jüngst fest: Trotz dreistelliger Milliarden-Beihilfen deckt die Windkraft erst 1,2 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs, die Solarenergie sogar nur ein Prozent.

Wie kann das sein? Beliefert nicht eine Windkraftanlage mehr als tausend Haushalte mit Strom? Sollten bei den mehr als 20.000 Windrädern nicht 20 Millionen Haushalte mit Ökostrom versorgt sein? Ist damit die Energiewende nicht fast schon geschafft? "Nein", stellten die Physiker fest. So hat der gesamte deutsche Stromverbrauch nur einen Anteil von 14 Prozent am Gesamtenergie-Verbrauch Deutschlands. Und die privaten Haushalte stehen wiederum nur für 26 Prozent des gesamten Stromverbrauchs.

Der Beitrag von Ökostrom zum Klimaschutz ist damit fast verschwindend gering. ...<<

Der deutsche Unternehmer und Verleger Bernd Förtsch berichtete am 19. Februar 2016 im Börsenmagazin "DER AKTIONÄR": >>Merkels (Null-)Planwirtschaft

Wer erfolgreich sein will, muß Opfer bringen. Keiner weiß das besser als Kanzlerin Angela Merkel. ... Leider wird immer deutlicher, daß sie für ihre Karriere etwas opfert, was mir sehr am Herzen liegt: Deutschland.

... Bei RWE - und im Umkehrschluß dann auch bei E.ON - stehen nicht etwa die Dividenden für die Aktionäre und für Ruhrpott-Kommunen im Feuer. Das ist zu verkraften. Am politisch verursachten Niedergang von RWE und E.ON hängen 120.000 Arbeitsplätze, welche die Kanzlerin potentiell auf dem Gewissen hat. Angesichts des Teufelskreises, in dem sich die Versorger befinden, würde es mich nicht wundern, wenn eines Tages die Verstaatlichung des Energiesektors als "alternativlos" diskutiert wird. ...

Was uns Merkel als soziale Marktwirtschaft verkaufen will, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Wiederauferstehung einer gescheiterten DDR-Planwirtschaft, die vor 26 Jahren begraben wurde. ... <<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. März 2016: >>Fukushima Der große Schwindel der deutschen Energiepolitik

Am 11. März 2011 forderten ein Erdbeben, ein Tsunami und die anschließende Atomkatastrophe in Fukushima über 18.000 Opfer. Japan will nun den nuklearen Neuanfang - gegen den Willen der Bevölkerung.

Das Unglück von Fukushima wird zum Auslöser der deutschen Energiewende verklärt. Doch das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Der Atomausstieg sollte die Grünen bremsen, was auch gelang. ...<<

Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 23. November 2016: >>Wie steht es um die Energiewende?

... Das Thema des Vortrags von Ex-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn: "Der grüne Zappelstrom und die Grenzen der Energiewende". ...

Die Ziele der Politik bei der Energiewende sind in Deutschland klar definiert: Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020, Ausstieg aus der Stromgewinnung aus Atomkraft bis 2022. "Ehrlich gesagt ist es ein Fehler, aus der Atomkraft auszusteigen", sagte Sinn. Statt dessen plädierte er dafür, die Forschung an der Atomkraft mit zweistelligen Milliardenbeträgen weiter zu betreiben. Das sei doch viel besser als "diese volatilen Stromquellen zu betreiben". ...

Die Pufferung der Erzeugungsspitzen erfolge momentan durch Doppelstrukturen, so Sinn, konventionelle Anlagen würden dann angeschaltet, wenn regenerativer Strom nicht erzeugt wird. Sinn zeigte, daß Pumpspeicherwerke allein nicht ausreichen würden, um Volatilität von Wind- und Solarstrom bei 100-prozentiger Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen auszugleichen. ...

Sinn äußerte sich kritisch gegenüber den deutschen Klimaschutzplänen: "Um so mehr wir tun, um so weniger tun die anderen." ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. September 2016: >>Lecks in der Modellfabrik der Zukunft

... Der international erfahrene Energiesicherheitsexperte Manfred Haferburg macht sich keine Illusionen: "Ohne eine billige, zuverlässige und großindustriell nutzbare Speichertechnologie

muß die Energiewende scheitern. Und diese Speicher-Technologie ist noch nicht erfunden", konstatierte der Diplomingenieur für Maschinenbau und Kernenergetik auf dem Autorenblog "Die Achse des Guten". Selbst wenn die Sonne öfter schiene und der Wind 364 Tage im Jahr durchwehte, wäre ein Zweitkraftwerkspark mit 100 Prozent Kapazität für die paar Stunden nötig, in denen es windstill und stockdunkel ist: "Sonst bricht das Stromnetz zusammen - es gibt einen Blackout. Das ist der unheilbare Konstruktionsfehler der Energiewende", so Haferburg. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2017: >>**Planwirtschaft läßt grüßen**

Erich Honecker hätte am "Dieselgipfel" seine helle Freude gehabt: Die Autohersteller müssen antreten, um sich von der Politik sagen zu lassen, unter welchen Bedingungen sie weiter Autos bauen dürfen - und welche. Daß man nur ein weiteres überschaubares Lösegeld an die Umverteilungspolitiker bezahlen muß und Massenenteignungen der Kunden durch Fahrverbote noch mal abgewendet werden konnten, feiern sie schon als Erfolg.

Nach der faktenfreien Panik, mit der zuletzt Atomausstieg und "Energiewende" inszeniert und übers Knie gebrochen wurden, offenbart die geschürte Hysterie um Feinstaub und Diesel-Emissionen ein weiteres Mal den bedenklichen Geisteszustand der tonangebenden Kräfte in einem Land, das immer noch zu den führenden Industrienationen der Welt zählt.

**Der "Diesel-Skandal" ist ein Phantomproblem**

Die Zutaten sind skrupellose Öko-Lobbyisten und bornierte Sektierer in Politik und Medien, die bedenkenlos den industriellen Kern demontieren; eine opportunistische Regierungspartei, die vom Fürsprecher ökonomischer Vernunft und unternehmerischer Freiheit zum Handlanger ideologiegetriebener Wirtschaftshasser und Technikfeinde geworden ist; hasenfüßige Fachleute und Konzernlenker, die sich in ihrer Subventionsmentalität weiter an die Politik klammern und vor dem grün-linken Zeitgeist einen Kotau nach dem anderen vollführen, statt seinen Zumutungen energisch und rational zu widersprechen.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Produkt dieser Konstellation. Nüchtern betrachtet ist er ein Phantomproblem: Die Luft in Deutschland ist rein wie nie zuvor in einem Industrieland, die Autoabgase schadstoffärmer denn je, allein die vor allem bei Dieselaggregaten anfallenden Stickoxid-Emissionen sind im letzten Vierteljahrhundert um 70 Prozent gesunken.

Trotz aller Erfolge mißbrauchen Lobbyisten mit Öko-Etikett und die von ihnen getriebene Politik ihre gewachsene Macht, um die Autoindustrie mit immer schärferen Grenzwerten zu treiben, die längst jedes vernünftige Maß hinter sich gelassen haben. Die zulässige Stickoxid-Belastung im Straßenverkehr ist inzwischen zwanzigmal niedriger als am Arbeitsplatz.

Die Autos, die die Kunden kaufen wollen und mit denen die Industrie Geld verdienen kann, können diese Anforderungen objektiv kaum erfüllen. Die Hersteller haben sich trotzdem auf das Spiel eingelassen und das Nicht-Machbare versprochen. Mit dem Hintergedanken, sich mit Trickereien aus der Affäre zu ziehen, und in der Hoffnung, die Politik werde sie schon decken, um die Kuh nicht zu schlachten, an der die wichtigste Wertschöpfungskette im Lande hängt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtete im September 2019: >>**Janichs Welt \_ Klima-Planwirtschaft**

Seit mehreren Wochen versuche ich nun schon, unter dem Hashtag #Oliwillreden einen prominenten Klima-Alarmisten dazu zu bewegen, mit mir oder einem der Professoren, die skeptisch gegenüber der Hysterie sind, zu debattieren. Bisher haben alle die Aufforderung ignoriert oder abgelehnt. Der Grund ist klar: Ihnen fehlen die Argumente.

Kein Wunder: Die Klimasteuerung muß selbst dann scheitern, wenn an der These von der menschengemachten Erderwärmung etwas dran wäre. Grüne und angegrünte Altparteien folgen nämlich genau jener Ökonomik, die schon den Ostblock zusammenbrechen ließ. Bereits vor über 100 Jahren haben Vertreter der Österreichischen Schule erläutert, woran die Plan-

wirtschaft scheitern muß: weil echte Marktpreise fehlen, die anzeigen, wie knapp ein Gut ist. Dieses Manko gibt es auch beim CO<sub>2</sub>, selbst wenn durch den Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten das Gegenteil suggeriert wird. Es sind Politiker, also Planwirtschaftler, die festlegen, wie viel Kohlendioxid-Vermeidung gut wäre.

Sogar der Weltklimarat gibt in seinem "Third Assessment Report" von 2001 zu: "Das Klimasystem ist ein gekoppeltes, nichtlineares chaotisches System. Daher ist die langfristige Vorhersage zukünftiger Klimazustände nicht möglich." Ohne eine solche Vorhersage ist natürlich auch keine Steuerung möglich. Planwirtschaft führt immer zur Verschwendung knapper Ressourcen. So errechnete das Ifo-Institut im April, daß Elektroautos 28 Prozent mehr CO<sub>2</sub> verbrauchen als Dieselfahrzeuge.

Selbstverständlich fiel sofort die versammelte Öko-Mafia über die Studie her. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, daß für die Herstellung Kobalt gebraucht wird, das in Entwicklungsländern und China unter unmenschlichen Bedingungen zum Teil von Kindern abgebaut wird. Ohne die künstlich erzeugte Nachfrage der staatlichen CO<sub>2</sub>-Planer würde dieses Problem gar nicht existieren.

Windräder wiederum verbrauchen ein Gut, das wirklich knapp ist, nämlich Grund und Boden. Solange die Wertschöpfung durch technischen Fortschritt schneller steigt als die Bevölkerung, ist das unproblematisch. Aber gerade dieser Marktmechanismus wird durch Planwirtschaft ausgehebelt. Windräder verbrauchen ein Vielfaches an Platz im Vergleich zu Kohle- oder Atomkraftwerken. Sie töten Vögel und Insekten, die wiederum bei der Nahrungsmittelherzeugung eine große Rolle spielen.

Physiker der Universität Heidelberg kamen zudem kürzlich zu dem Schluß, daß - trotz Milliarden-Ausgaben für Erneuerbare Energie - der CO<sub>2</sub> Ausstoß kaum gesunken ist. Zitat: "Zwar ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in den Jahren nach der Wiedervereinigung leicht zurückgegangen (um 25 Prozent), weshalb 1990 gern als Referenzdatum genommen wird. Dieser Rückgang lag jedoch vor allem an der Deindustrialisierung der neuen Bundesländer." Deindustrialisierung und damit der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands sind denn auch das offensichtliche Ziel der Klima-Alarmisten.

### **Die Öko-Diktatur ist noch schlimmer als die kommunistische.**

Die Öko-Diktatur ist aus zwei Gründen noch schlimmer als die kommunistische: Die Ostblockführer wußten zumindest, daß fast alle Menschen gerne ein Auto fahren würden (trotzdem dauerte die Lieferung zehn Jahre, und die Qualität war lausig). Außerdem versuchten die KPdSU und ihre Bruderparteien "nur", die Produktion zu kontrollieren. Das führte zu Ineffizienz, aber immerhin gab es bestimmte Produkte. Die aktuelle Klimaplanwirtschaft setzt jedoch direkt beim Konsumenten an. Der Green New Deal der Demokraten in den USA will Flugreisen und das Auto gleich ganz unmöglich machen, im Zweifel mit Verboten. Die gelten natürlich nur für das gemeine Volk und nicht für die Elite, versteht sich.<<

### **Die katastrophalen Folgen der Klimarettung**

Zur Senkung der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen, die im Jahre 2015 etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen betragen, sind nach Angaben des BDI bis 2050 zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro erforderlich.

Klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn sich vor allem die großen Umweltsünder entsprechend verhalten. Chinas Anteil am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Jahre 2015 betrug z.B. 28,1 %, USA = 16,0 %, Indien = 6,2 %, Rußland = 4,5 %, Japan = 3,7 %. Die Regierungen dieser Länder denken jedoch überhaupt nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas schon deshalb kläglich scheitern müssen.

Aufgrund der hohen Strompreise können schon bald viele private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen und zahlreiche Unternehmer werden ihre Betriebe wegen der

hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern, so daß die destabilisierenden politischen Maßnahmen der sogenannten Energiewende schließlich zwangsläufig zum angestrebten unaufhaltsamen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zusammenbruch Deutschlands führen müssen.

Die staatlich angeordnete "Energiewende" - nach dem Vorbild der sozialistischen Planwirtschaft - wird die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft letzten Endes in den wirtschaftlichen Ruin treiben. Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird die "Energiewende" (staatlich angeordnete hochsubventionierte doppelte Stromerzeugung) die deutsche Energiewirtschaft und damit die gesamte Infrastruktur des Landes unweigerlich ruinieren.

Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, daß es in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben wird (zur Zeit gibt es in der Bundesrepublik Deutschland anstatt der mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerke nur 35), deshalb wird es zukünftig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit mehr geben.

Windkraft, Photovoltaik und Biomasse-Stromerzeuger können ohne die bisherigen Grundlastkraftwerke, wie z.B. Kern-, Kohle-, Gas- und Ölkraftwerke, keine stabile Energieversorgung garantieren, so daß es infolge der Flatterstrom-Einspeisung aus Wind- und Sonnenkraftwerken zwangsläufig zum Zusammenbruch der Stromversorgungsnetze kommen wird. Vorübergehende Stromausfälle werden durch die "erneuerbare" Energietechnik des Mittelalters (Flatterstrom-Einspeisung) zum täglichen Normalzustand gehören.

Alle stromintensiven Industriebetriebe werden wegen fehlender Versorgungssicherheit sowie der hohen Stromkosten sehr schnell ins Ausland abwandern. Mit den großen internationalen Großkonzernen verlassen auch unzählige Spezialisten und Fachkräfte das Land. Während die "deutschen" Konzernbosse diese Standortverlagerungen wegen der günstigeren Produktionskosten im Ausland sicherlich begrüßen, wird die deutsche Exportwirtschaft bzw. die gesamte deutsche Wirtschaft zwangsläufig zusammenbrechen und schließlich vollständig liquidiert.

### **Ausstieg aus der Kernenergie**

Das Interesse an der Kernenergie wurde ursprünglich vor allem damit begründet, daß der Energiebedarf in den hochindustriellen Ländern ständig zunehmen würde.

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag im Rahmen der sogenannten Energiewende den endgültigen Atomausstieg (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohl gemerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

## Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland (Stand: Mai 2019):

Kernkraftwerk	<b>Philippsburg 2</b> (Baden Württemberg)
Typ/ <b>Nettoleistung</b>	Druckwasserreaktor: <b>1.402 Megawatt (MW)</b>
Kraftwerksbetreiber	PreussenElektra
<b>Laufzeit</b>	<b>1985 bis zum 31. Dezember 2019</b>
Kernkraftwerk	<b>Gundremmingen C</b> (Bayern)
Typ/ <b>Nettoleistung</b>	Druckwasserreaktor: <b>1.288 Megawatt (MW)</b>
Kraftwerksbetreiber	RWE
<b>Laufzeit</b>	<b>1985 bis zum 31. Dezember 2021</b>
Kernkraftwerk	<b>Grohnde</b> (Niedersachsen)
Typ/ <b>Nettoleistung</b>	Druckwasserreaktor: <b>1.360 Megawatt (MW)</b>
Kraftwerksbetreiber	PreussenElektra
<b>Laufzeit</b>	<b>1985 bis zum 31. Dezember 2021</b>
Kernkraftwerk	<b>Brokdorf</b> (Schleswig Holstein)
Typ/ <b>Nettoleistung</b>	Druckwasserreaktor: <b>1.410 Megawatt (MW)</b>
Kraftwerksbetreiber	PreussenElektra
<b>Laufzeit</b>	<b>1986 bis zum 31. Dezember 2021</b>
Kernkraftwerk	<b>Emsland</b> (Niedersachsen)
Typ/ <b>Nettoleistung</b>	Druckwasserreaktor: <b>1.335 Megawatt (MW)</b>
Kraftwerksbetreiber	RWE
<b>Laufzeit</b>	<b>1988 bis zum 31. Dezember 2022</b>
Kernkraftwerk	<b>Neckarwestheim 2</b> (Baden Württemberg)
Typ/ <b>Nettoleistung</b>	Druckwasserreaktor: <b>1.310 Megawatt (MW)</b>
Kraftwerksbetreiber	EnBW
<b>Laufzeit</b>	<b>1989 bis zum 31. Dezember 2022</b>
Kernkraftwerk	<b>Isar 2</b> (Bayern)
Typ/ <b>Nettoleistung</b>	Druckwasserreaktor: <b>1.410 Megawatt (MW)</b>
Kraftwerksbetreiber	PreussenElektra
<b>Laufzeit</b>	<b>1988 bis zum 31. Dezember 2022</b>

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 7 in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 7 strategisch wichtige Grundlastkraftwerke und indirekte Energiespeicher (die praktisch rund um die Uhr laufen) mit einer Nettoleistung von 9.515 Megawatt fehlen.

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Juni 2011: >>**Historischer Beschluß: Atomausstieg bis 2022 perfekt**

Als erste große Industrienation steigt Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bis 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.

Der Bundestag stimmte am Donnerstag in Berlin mit einer parteiübergreifenden Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für diesen historischen Wendepunkt in der Energiepolitik. SPD und Grüne unterstützten den Kurs der Regierungskoalition aus Union und FDP. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe werden acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet. Ein 30 Jahre währendes Kampfthema wird damit im breiten Konsens befriedet. ...<<

Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost" berichtete am 30. Juni 2011: >>Bundestag beschließt Atomausstieg bis 2022

Atomkraft ade: Das Parlament macht den Weg für eine Energiewende frei und beschließt mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022 - als erste führende Industrienation.

Der Bundestag hat knapp vier Monate nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschlossen. Die schwarz-gelbe Koalition legte mit Stimmen von SPD und Grünen und damit großer Mehrheit fest, daß der letzte deutsche Meiler spätestens 2022 abgeschaltet werden soll. Die sieben ältesten Atommeiler und das AKW Krümmel bleiben vom Netz. Damit kehrt Deutschland nach der vor einem halben Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung im Kern zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von vor zehn Jahren zurück.

Ein historischer Beschluß im Bundestag: Deutschland steigt damit als erste führende Industrienation endgültig aus der Atomenergie aus. Es gab 513 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 8 Enthaltungen. Acht Atomkraftwerke werden sofort stillgelegt, die übrigen neun AKW stufenweise bis 2022.

Union, FDP, SPD und Grüne stimmten für eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes. Die Linke forderte einen früheren Ausstieg. Mit dem Beschluß wird die erst im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre zurückgenommen und für jedes der verbleibenden neun Atomkraftwerke ein festes Abschaltdatum eingeführt.

SPD und Grüne werteten die Entscheidung als ihren Erfolg, weil Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre Regierung weitgehend zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückgekehrt ist. Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima hatte sich Merkel zu einer Kehrtwende in der deutschen Atompolitik entschlossen.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern ist folgende: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.

Auch die übrigen sieben Gesetze zur Energiewende wie etwa das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zur Förderung des Ökostroms und die Beschleunigung des Netzausbaus billigte das Parlament. Das Gesetzespaket muß am 8. Juli noch den Bundesrat passieren. Die Regelungen sind bis auf die Steuerentlastung bei der Gebäudesanierung aber nicht zustimmungspflichtig.<<

Auch nach der Abschaltung der effizienten deutschen Kernkraftwerke wird es zukünftig "Atomstrom" in Deutschland geben. Die französischen Betreiber von Kernkraftwerken warten zum Beispiel nur darauf, ihre Überkapazitäten nach Deutschland zu exportieren.

Sicher ist lediglich, daß die deutsche Wirtschaft aufgrund der unsinnigen Abschaltung aller deutschen Kernkraftwerke ihre führende Stellung in der Nukleartechnologie verliert. Der ideologische Ausstieg aus der Kernenergie verteuert ferner die Energieerzeugung und vernichtet Arbeitsplätze, ohne unsere allgemeine Sicherheit oder den Umweltschutz zu verbessern. Der internationale Sicherheitsstandard der Kernkraftwerke in unseren Nachbarländern wird dadurch ebenfalls nicht erhöht.